

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschus- ses der vereinbarten Ver- waltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
1	Gemeinde Kleinrinderfeld	06.10.23	Nachdem die 24. Änderung des Flächennutzungsplanes für das Ge- biet der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Tauberbischofs- heim-Großrinderfeld-Königheim-Werbach, die Belange unserer Ge- meinde nicht tangiert, erheben wir gegen die Planung keine Ein- wände.	Zur Kenntnis genommen.	Die Stellungnahme der Ge- meinde Kleinrinderfeld vom 06.10.2023 wird zur Kennt- nis genommen.

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
2	Netze BW GmbH	06.10.23	<p>Zur 24. Änd. des FNP haben wir grundsätzlich keine Bedenken vorzubringen. [...] Der weitere Ausbau der Leitungsnetze richtet sich nach den zukünftigen energietechnischen Anforderungen. Bei der Bauflächenentwicklung wird je nach Bedarf das vorhandene Netz erweitert. Bitte beteiligen Sie uns dazu auf Ebene der Bebauungsplanung erneut.</p>	<p>Zur Kenntnis genommen. Zur Kenntnis genommen. Das Verfahren zum Bebauungsplan ist bereits abgeschlossen.</p>	<p>Die Stellungnahme der Netze BW GmbH vom 06.10.2023 wird zur Kenntnis genommen.</p>

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
3	Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei Baden-Württemberg	09.10.23	<p>Die Autorisierte Stelle Digitalfunk Baden-Württemberg (ASDBW) ist u.a. mit der Prüfung des BOS-Richtfunknetzes in Bezug auf mögliche Störungen desselben durch Bebauung beauftragt. Ihrer Anfrage kann entnommen werden, dass es sich um eine Freiflächen-Photovoltaikanlage handelt.</p> <p>Bebauung bis 20 Meter über dem Boden wird als unkritisch angesehen. Erfahrungsgemäß erreichen Freiflächen-Photovoltaikanlagen solche Bauhöhen an keinem Punkt. Insofern sind die Interessen des BOS-Digitalfunk nicht betroffen. Sollte dennoch an irgendeiner Stelle diese Höhe erreicht oder überschritten werden, bitten wir um eine erneute Beteiligung unter Zusendung eines Landkartenausschnitts, in dem die betroffene Fläche dargestellt ist.</p>	<p>Zur Kenntnis genommen. Die Modulhöhe wird auf 3,8m und die Gebäudehöhe auf 4m begrenzt. Eine Überschreitung der 20m ist damit ausgeschlossen.</p>	<p>Die Stellungnahme der Polizei Baden-Württemberg vom 09.10.2023 wird zur Kenntnis genommen.</p>

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
4	TenneT TSO GmbH	09.10.23	<p>Die Überprüfung der uns zugesandten Unterlagen zum oben genannten Vorgang hat ergeben, dass in dem Bereich keine Anlagen der TenneT TSO GmbH vorhanden sind. Belange unseres Unternehmens werden somit durch die geplante Maßnahme nicht berührt.</p> <p>Im angefragten Bereich befindet sich der Korridor des geplanten SuedLink HGÜ Kabels. Für diesen Bereich der HGÜ Trasse ist die Transnet BW zuständig, deshalb haben wir Ihre Anfrage dorthin zur Info weitergeleitet.</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen. Siehe Stellungnahme 10.</p>	<p>Die Stellungnahme der TenneT TSO GmbH vom 09.10.2023 wird zur Kenntnis genommen.</p>

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschus- ses der vereinbarten Ver- waltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
5	Handwerkskam- mer Heilbronn- Franken	11.10.23	Von Seiten der Handwerkskammer werden keine Bedenken erho- ben.	Zur Kenntnis genommen.	Die Stellungnahme der Handwerkskammer vom 11.10.2023 wird zur Kennt- nis genommen.

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
6	Die Autobahn GmbH des Bundes	10.10.23	<p>Gerne nehmen wir als Träger der Straßenbaulast der BAB A81 dazu wie folgt Stellung: Von Seiten der Autobahn GmbH werden gegen die o.g. Flächennutzungsplanänderung keine grundsätzlichen Einwendungen oder Bedenken erhoben.</p> <p>Die nachfolgend aufgeführten Punkte sind allerdings aus anbaurechtlicher Sicht im Rahmen des weiteren Bauleitplanverfahren zu beachten: Der betreffende Streckenabschnitt der BAB A81 soll mittelfristig in beiden Fahrtrichtungen um ca. 1,0 m verbreitert werden. Aufgrund der unmittelbaren Nähe des Verkehrsträgers ist es zwingend erforderlich, den sich aus dem Bundesfernstraßengesetz (FStrG) , etc. ergebenden anbaurechtlichen Belange im Rahmen des laufenden Bauleitplanverfahrens Rechnung zu tragen, damit es in Verbindung mit der geplanten Fahrbahnverbreiterung zu keinen unerwünschten Auswirkungen hinsichtlich der geplanten Nutzung der Flächen kommt. So dürfen längs der Bundesautobahnen jeweils gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn keine Hochbauten errichtet werden (§ 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 FStrG). Weiterhin bedürfen gemäß § 9 Abs. 2 FStrG bauliche Anlagen der Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes, wenn sie längs der Bundesautobahnen in einer Entfernung bis zu 100 Meter und längs der Bundesstraßen außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten bis zu 40 Meter, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, errichtet, erheblich geändert oder anders genutzt werden sollen.</p> <p>Nachfolgende Hinweise sind aus anbaurechtlicher Sicht in der Begründung/Erläuterung des Flächennutzungsplanes ergänzend mit aufzunehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Die 40 m - Anbauverbotszone und die 100 m - Anbaubeschränkungszone der BAB A81 sind entsprechend bezeichnet in der Planzeichnung mit Legende darzustellen. ▪ Längs der Autobahn dürfen jegliche Hochbauten, auch Nebenanlagen als solche, auch auf der nicht überbaubaren Grundstücksfläche innerhalb der 40 m Anbauverbotszone gemäß § 9 	<p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die beiden Zonen werden in den Flächennutzungsplan aufgenommen. Ein Antrag auf Verringerung der Anbauverbotszone wurde im Rahmen des</p>	<p>Die Stellungnahme der Autobahn GmbH des Bundes vom 10.10.2023 wird zur Kenntnis genommen. Die Anbauverbotszone und die Anbaubeschränkungszone werden zur Klarstellung in den FNP aufgenommen.</p>

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
			<p>Abs. 1 FStrG nicht errichtet werden, § 9 Abs. 1 FStrG. Dies gilt auch für Abgrabungen und Aufschüttungen größeren Umfangs.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gemäß § 9 Abs. 2 FStrG bedürfen konkrete Bauvorhaben (auch baurechtlich verfahrensfreie Vorhaben) der Zustimmung/Genehmigung des Fernstraßen-Bundesamtes, wenn sie längs der Bundesautobahnen in einer Entfernung bis zu 100 Meter und längs der Bundesstraßen außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten bis zu 40 Meter, gemessen vom äußeren befestigten Rand der Fahrbahn, errichtet, erheblich geändert oder anders genutzt werden. ▪ Werbeanlagen, die den Verkehrsteilnehmer ablenken können und somit geeignet sind die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu gefährden, dürfen nicht errichtet werden. Hierbei genügt bereits eine abstrakte Gefährdung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs. Auf § 33 StVO wird verwiesen. Die Errichtung von Werbeanlagen unterliegt ebenso der Genehmigung oder Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes. ▪ Bezüglich der Errichtung von Zäunen wird auf § 11 Abs. 2 FStrG verwiesen. Demgemäß dürfen Anpflanzungen, Zäune, Stapel, Haufen und andere mit dem Grundstück nicht fest verbundene Einrichtungen nicht angelegt werden, wenn sie die Verkehrssicherheit (konkret) beeinträchtigen. Soweit sie bereits vorhanden sind, haben die Eigentümer ihre Beseitigung zu dulden. Die Einordnung der Zaunanlage unter § 11 FStrG oder ggf. doch unter § 9 FStrG bedarf der konkreten Prüfung im Einzelfall. ▪ Sowohl für den Bau als auch für die spätere Unterhaltung der PV-Anlage darf keine direkte Andienung von der Autobahn aus erfolgen <p>Allgemeine Hinweise zur Errichtung von PV-Anlagen innerhalb des Anbauverbotszone, mit der Bitte um Beachtung: Aufgrund der Änderung des § 2 EEG liegen die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse. Die erneuerbaren Energien</p>	<p>Bebauungsplanes gestellt.</p> <p>Der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen.</p> <p>Werbeanlagen wurden im Bebauungsplan bereits ausgeschlossen.</p> <p>Die Umsetzung des Baugebietes wird auf Ebene des Bebauungsplanes geregelt.</p> <p>Die Umsetzung des Baugebietes wird auf Ebene des Bebauungsplanes geregelt.</p> <p>Ein Antrag auf Verringerung der Anbauverbotszone wurde im Rahmen des</p>	

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
			<p>sollen als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Hinsichtlich der Errichtung von Freiflächen- Photovoltaikanlagen in der Anbauverbotszone gemäß § 9 Abs. 1 FStrG sind daher Privilegierungen möglich, sodass auch die Inanspruchnahme der 40-Meter-Anbauverbotszone, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, bei einer Vielzahl von Vorhaben i. S. d. § 9 Abs. 8 FStrG möglich ist. Um die Vereinbarkeit mit den in § 9 Abs. 3 FStrG aufgezählten straßenrechtlichen Belangen und das Maß einer möglichen Inanspruchnahme feststellen zu können, bedarf es jedoch immer einer Bewertung der konkreten Umstände des Einzelfalls. Die angehängte "Handreichung Photovoltaikanlagen nach EEG innerhalb der Anbauverbotszone" ist zu beachten.</p> <p>Im Rahmen der Bauleitplanung kann derzeit ohne einen konkreten Antrag auf Ausnahmegenehmigung nach § 9 Abs. 8 FStrG aber pauschal keine Zustimmung/Genehmigung erteilt und/oder in Aussicht gestellt werden.</p> <p>Der erforderliche Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach § 9 Abs. 8 FStrG kann bei hinreichend konkreter Planung ausnahmsweise bereits zum jetzigen Zeitpunkt und parallel zum Bauleitplanverfahren beim Fernstraßen-Bundesamt gestellt werden. In diesem Fall bitten wir darum, die entsprechenden Antragsunterlagen vorzugsweise digital per E-Mail an: anbau@fba.bund.de zu übermitteln.</p> <p>Ein entsprechender Antrag an das FBA müsste dabei zwingend folgende Unterlagen enthalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Maßstabsgerechter Lageplan mit genauer Kennzeichnung der Anbauverbotszone (40 m vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn der Bundesautobahn) und der Anbaubeschränkungszone (40 - 100 m vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn der Bundesautobahn) sowie exakter Maßangabe der kürzesten Entfernung der geplanten Hochbauten zum äußeren Rand der befestigten Fahrbahn der BAB unter Beachtung der oben angeführten Definition der Anbauverbote und -beschränkungen. ▪ Begründung zum Bauen in der Anbauverbotszone ▪ Geeigneter Nachweis, über die Vermeidung von 	<p>Bebauungsplanes gestellt.</p>	

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
			<p>Blendeinwirkungen auf die Verkehrsteilnehmer der BAB, welche ggf. die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs gefährden könnten (z. B. Blendschutzgutachten)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Zur Vermeidung eines Brandübergriffs im Falle einer Brandentstehung an den Photovoltaikanlagen und deren Nebenanlagen sowie anderen sich hieraus ergebenden Beeinträchtigungen für den fließenden Verkehr sind Aussagen zu effektiven Abwehr- und Beseitigungsmaßnahmen zu treffen, insbesondere im Hinblick auf eine entsprechende Zuwegung. <p>Erst nach Vorlage der vollständigen Planunterlagen und dessen Prüfung ggf. im Rahmen einer Beteiligung im Baugenehmigungsverfahren kann i.d.R. eine finale Entscheidung getroffen werden.</p> <p>Die weiteren Planungen sind frühzeitig und auf Grundlage von Detailplänen mit dem Fernstraßen-Bundesamt bzw. mit der Autobahn GmbH als Straßenbauasträger der BAB A81 abzustimmen. Wir bitten daher um die weitere Beteiligung an diesem Verfahren.</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p>	

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschus- ses der vereinbarten Ver- waltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
7	Polizeipräsidium Heilbronn	12.10.23	Aus verkehrlicher Sicht bestehen derzeit keine Bedenken gegen die 24. Änderung des FNP der VVG TBB-Großrinderfeld-Königheim-Werbach.	Zur Kenntnis genommen.	Die Stellungnahme des Polizeipräsidiums Heilbronn vom 12.10.2023 wird zur Kenntnis genommen.

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschus- ses der vereinbarten Ver- waltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
8	Stadtwerk Tauberfranken GmbH	16.10.23	Von Seiten des Stadtwerks Tauberfranken sind bei den benannten Gemarkungen keine zu vertretenden Belange betroffen.	Zur Kenntnis genommen.	Die Stellungnahme der Stadtwerk Tauberfranken GmbH vom 16.10.2023 wird zur Kenntnis genommen.

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschus- ses der vereinbarten Ver- waltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
9	Ericsson Services GmbH	23.10.23	Die Firma Ericsson wurde von der Deutschen Telekom Technik GmbH beauftragt, in ihrem Namen, Anfragen zum Thema Trassen- schutz zu bearbeiten. Bei den von Ihnen ausgewiesenen Bedarfs- flächen hat die Firma Ericsson bezüglich ihres Richtfunks keine Ein- wände oder spezielle Planungsvorgaben. Diese Stellungnahme gilt für Richtfunkverbindungen des Ericsson – Netzes und für Richtfunk- verbindungen des Netzes der Deutschen Telekom.	Zur Kenntnis genommen.	Die Stellungnahme der Ericsson Services GmbH vom 23.10.2023 wird zur Kenntnis genommen.

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
10	TransnetBW GmbH	23.10.23	<p>Die TransnetBW wurde bereits an dem entsprechenden Bebauungsplanverfahren „Solarpark Schafäcker“ der Gemeinde Großrinderfeld beteiligt und hatte dazu Stellung genommen. Wir nehmen hiermit Bezug auf die Stellungnahme vom 15.07.2022 und teilen Ihnen mit, dass für die 24. Änderung des Flächennutzungsplans der VVG TBB-Großrinderfeld-Königheim-Werbach dieselben Inhalte gelten.</p> <p>Stellungnahme vom 15.07.2022: <i>„Wir haben die von Ihnen zur Verfügung gestellten Unterlagen zum Bauleitplanverfahren Solar Schafäcker der Gemeinde Großrinderfeld geprüft und äußern uns als Vorhabenträger für SuedLink mit folgender Stellungnahme. Auf Grundlage der zur Verfügung zeichnerischen Darstellung lassen sich räumliche Überschneidungen des Solarparks Schafäcker und SuedLink, das von den beiden Übertragungsnetzbetreibern TenneT TSO GmbH und TransnetBW GmbH umgesetzt wird, feststellen. „SuedLink“ besteht aus den im Anhang des Bundesbedarfsplangesetzes (BBPIG) als länderübergreifend gekennzeichneten Vorhaben Nr. 3 „Brunsbüttel – Großgartach“ und Nr. 4 „Wilster – Bergheinfeld/West“, die parallel geplant und in das Genehmigungsverfahren eingebracht werden. Das im Dezember 2015 verabschiedete „Gesetz zur Änderung von Bestimmungen des Rechts des Energieleitungsbaus“ sieht einen allgemeinen Vorrang für Erdkabel beim Bau von neuen Gleichstromverbindungen vor. Der „SuedLink“ wird daher durchgehend als Erdkabelvorhaben geplant.</i></p> <p><i>Für die Genehmigung im Rahmen der Bundesfachplanung wurde SuedLink in fünf Abschnitte (A, B, C, D, E) eingeteilt. Nach Festlegung des Untersuchungsrahmens nach § 7 Abs. 4 NABEG durch die Bundesnetzagentur wurden die erforderlichen Unterlagen nach § 8 NABEG erarbeitet. Diese umfassen u.a. eine Raumverträglichkeitsstudie, einen Umweltbericht im Rahmen einer strategischen Umweltprüfung, eine artenschutzrechtliche Ersteinschätzung und eine Einschätzung der Betroffenheit der sonstigen öffentlichen und privaten Belange. Mit der Bundesfachplanungsentscheidung</i></p>	<p>Zur Kenntnis genommen. Die SüdLink-Trasse verläuft mit hoher Wahrscheinlichkeit auf der gegenüberliegenden Seite der Autobahn. Eine Überschneidung ist sehr unwahrscheinlich. Es wird deshalb weiterhin an der Planung festgehalten.</p>	<p>Die Stellungnahme der TransnetBW GmbH vom 23.10.2023 wird zur Kenntnis genommen.</p>

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
			<p><i>gemäß § 12 NABEG für Vorhaben Nr. 3 „Brunsbüttel – Großgartach“ vom 28.09.2020 wurde der Trassenkorridor für den Abschnitt E2 und E3 durch die Bundesnetzagentur festgelegt. Am 08.10.2020 hat der Vorhabenträger weiterhin den Antrag auf Planfeststellungsbeschluss nach § 19 NABEG für die Abschnitte E2 und E3 bei der Bundesnetzagentur eingereicht. Im Rahmen des Antrags nach § 19 NABEG wurde ein möglicher Trassenverlauf und kleinräumige Alternativen geprüft. Am 28.01.2021 hat die Bundesnetzagentur den Untersuchungsrahmen für den Abschnitt E2 (Bundeslandgrenze Bayern/Baden-Württemberg – Bad Friedrichshall) an die TransnetBW übermittelt. Im Planfeststellungsverfahren nach § 21 NABEG wird schließlich die konkrete Trassenführung als grundstücksgenauer Verlauf festgelegt. Im Rahmen dessen kann eine Betroffenheit einzelner Flächen im Detail festgestellt werden.</i></p> <p><i>Nach Überprüfung Ihrer Unterlagen liegt der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Solar Schafäcker innerhalb des nach § 12 NABEG festgelegten Korridors des Abschnittes E2 im SuedLink. Eine Darstellung des im Korridor liegenden Geltungsbereichs ist auf der beigefügten Karte (Anlage) zu sehen. Nach derzeitigem Planungs- und Kenntnisstand verläuft der mögliche 100 m Trassenvorschlag in dem Bereich westlich der A81. Es verbleibt nach aktuellem Informationsstand im Bereich des Korridors voraussichtlich ein ausreichender Passageraum für die Verlegung eines Erdkabels. Jedoch ist eine abschließende Beurteilung der Nutzungskonflikte seitens des Vorhabenträgers zum jetzigen Verfahrensstand noch nicht möglich. Die endgültige Entscheidung über den Trassenverlauf erfolgt erst mit dem Erhalt des Planfeststellungsbeschlusses. Aufgrund der Einschränkung des Planungsraums innerhalb des Korridors müssen wir dem zur Stellungnahme vorgelegten Planentwurf formal widersprechen. Im Zusammenhang mit „SuedLink“ möchten wir allgemein darauf hinweisen, dass das Vorhaben aufgrund des überwiegenden öffentlichen Interesses bei eventuellen Konflikten mit anderen Planungen grundsätzlich Priorität genießt.</i></p>	<p>Wie in der Stellungnahme erwähnt, liegt das Plangebiet zwar innerhalb des Trassenkorridors aber der derzeit geplante Trassenverlauf ist auf der gegenüberliegenden Seite der Autobahn geplant. Selbst wenn sich im weiteren Verlauf des Verfahrens zum Vorhaben Nr. 3 der TransnetBW ergeben sollte, dass die Erdkabel auf Seiten des Solarparks verlegt werden müssen, bietet der derzeit im Plangebiet festgesetzte Grünstreifen ausreichend Platz zwischen der Autobahn und dem Solarpark (Anbauverbotszone 40m) um die Kabel zu verlegen. Zudem stellen die</p>	

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
			<p><i>Wir bitten um Beteiligung am weiteren Verfahren und stellen bei Bedarf gerne weitere Informationen zur Verfügung. Weitere Informationen finden Sie auch auf unserer Homepage (http://www.transnetbw.de/suedlink).“</i></p> <p>Wir bitten um Beteiligung am weiteren Verfahren und stellen bei Bedarf gerne weitere Informationen zur Verfügung. [...] Wir regen an – soweit nicht ohnehin bereits erfolgt – ebenso die Bundesnetzagentur am Verfahren zu beteiligen.</p>	<p>Solarmodule aufgrund des Rammverfahrens keine festen Bauwerke da und könnten somit bei Bedarf recht unkompliziert zurückgebaut oder verlegt werden. Es wird deshalb davon ausgegangen, dass die Umsetzung des Solarparks zu keinen Konflikten zwischen den beiden Verfahren führt.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Siehe Stellungnahme 19 und 22.</p>	

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschus- ses der vereinbarten Ver- waltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
11	Landratsamt Würzburg	25.10.23	Hinsichtlich der 24. Änderung des Flächennutzungsplans der VVG Tauberbischofsheim-Großrinderfeld-Königheim-Werbach bestehen seitens des Landratsamtes Würzburg keine Einwände. Eine Betroffenheit der hiesigen Belange wird aufgrund der Entfernung zur nächstgelegenen Wohnbebauung im Landkreis Würzburg nicht gesehen. Eine nochmalige Beteiligung im Rahmen des § 4 Abs. 2 BauGB ist nicht erforderlich.	Zur Kenntnis genommen. Zur Kenntnis genommen.	Die Stellungnahme des Landratsamtes Würzburg vom 25.10.2023 wird zur Kenntnis genommen.

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
12	Regierungspräsidium Freiburg - Landesforstverwaltung BW	25.10.23	<p>Im Geltungsbereich der 24. Änderung des Flächennutzungsplans (Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Tauberbischofsheim-Großrinderfeld-Königheim-Werbach) liegt kein Wald im Sinne von § 2 LWaldG. Der nördlich an Flurstücke Nr. 3354 und 3355 angrenzende Baumbestand entlang der Autobahn A 81 ist nicht als Wald nach § 2 LWaldG einzustufen, sondern als Feldgehölz. Eine indirekte Betroffenheit von Waldflächen (z. B. Waldabstand) ist daher auch nicht gegeben.</p> <p>Auch wenn forstrechtliche/-fachliche Belange nicht von der Änderung des Flächennutzungsplanes berührt werden, empfehlen wir in Analogie zu § 4 Abs. 3 LBO, zur Vermeidung von Gefahren und Konflikten (z. B. Brandschutzgründen), im Zuge der Bauleitplanung einen entsprechenden Abstand zu Bäumen einzuhalten.</p> <p>Im weiteren Verfahren ist eine Beteiligung der Forstverwaltung nur erforderlich, wenn eventuelle Planänderungen in ihren Auswirkungen Waldflächen betreffen können (z. B. externe Ausgleichsmaßnahmen im Wald).</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p>	<p>Die Stellungnahme des Regierungspräsidiums Freiburg - Landesforstverwaltung BW vom 25.10.2023 wird zur Kenntnis genommen.</p>

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
13	Regierungspräsidium Freiburg – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau	30.10.23	<p>Unter Verweis auf unsere weiterhin gültigen Stellungnahmen vom 04.07.2022 (Az 2511 //22-02716) und vom 22.02.2023 (Az 2511 // 23-0051) sind von unserer Seite zum o.g. Planvorhaben keine weiteren Hinweise oder Anregungen vorzubringen.</p> <p>Stellungnahme vom 04.07.2022: „1. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können <i>Keine</i></p> <p>2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes <i>Keine</i></p> <p>3. Hinweise, Anregungen oder Bedenken <u>Geotechnik</u> <i>Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein ingenieurgeologisches Übersichtsgutachten, Baugrundgutachten oder geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros.</i></p> <p><i>Eine Zulässigkeit der geplanten Nutzung vorausgesetzt, wird andernfalls die Übernahme der folgenden geotechnischen Hinweise in den Bebauungsplan empfohlen: Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich von Gesteinen des Oberen Muschelkalks. Diese werden lokal von Holozänen Abschwemm-massen mit im Detail nicht bekannter Mächtigkeit überdeckt. Mit einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens ist zu rechnen. Verkarstungserscheinungen (offene oder lehmerfüllte Spalten, Hohlräume, Dolinen) sind nicht auszuschließen. Sollte eine Versickerung der anfallenden</i></p>	<p>Zur Kenntnis genommen. Die Anregungen fanden im Rahmen des Bebauungsplans `Solar Schafäcker` Berücksichtigung.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der nebenstehende Hinweis wurde in den Bebauungsplan aufgenommen.</p>	<p>Die Stellungnahme des Regierungspräsidiums Freiburg – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau vom 30.10.2023 wird zur Kenntnis genommen.</p>

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
			<p><i>Oberflächenwässer (z. B. im Bereich einer ggf. geplanten Transformatorstation) geplant bzw. wasserwirtschaftlich zulässig sein, wird auf das Arbeitsblatt DWA-A 138 (2005) verwiesen und im Einzelfall die Erstellung eines entsprechenden hydrologischen Versickerungsgutachtens empfohlen. Wegen der Gefahr einer Verschlechterung der Baugrundeigenschaften sowie ggf. von Sulfatgesteinslösung im Untergrund sollte von der Errichtung technischer Versickerungsanlagen (z. B. Sickerschächte, Sickerbecken, Mulden-Rigolen-Systeme zur Versickerung) Abstand genommen werden.</i></p> <p><i>Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung, bei Antreffen verkarstungsbedingter Fehlstellen wie z. B. offene bzw. lehmgefüllte Spalten) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.</i></p> <p><u>Boden</u> <i>Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.</i></p> <p><u>Mineralische Rohstoffe</u> <i>Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</i></p> <p><u>Grundwasser</u> <i>Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein hydrogeologisches Übersichtsgutachten, Detailgutachten oder hydrogeologischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros.</i></p>	<p>Zur Kenntnis genommen. Der Hinweis wurde an den Bauherren weitergegeben.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p>	

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
			<p><i>Auf die Lage des Planvorhabens in Schutzzone III des festgesetzten Wasserschutzgebiets „Grünbachgruppe“ (LUBW Nr.: 128-141) wird hingewiesen.</i></p> <p><i>Bei dem hier genutzten Grundwasserleiter handelt es sich um einen Karst- Kluftgrundwasserleiter. Bei der Abwesenheit von Deckschichten kann infiltrierendes Wasser in kurzer Zeit die ungesättigte Zone zum Grundwasser passieren. In Abhängigkeit von der Klüftung und der Verkarstung des Gesteins können hohe Grundwasserfließgeschwindigkeiten im Grundwasserleiter auftreten. Für solche Grundwasserleiter werden/wurden für die Abgrenzung von Wasserschutzgebieten bzw. der jeweiligen Wasserschutzgebietszonen häufig Ersatzkriterien definiert, die zu einer praktikablen Dimensionierung aber auch zu einem verminderten Schutz führen. Daraus folgt, dass bei Wasserschutzgebieten für Karst- und Kluftgrundwasserleiter auch in Bereichen der Schutzzone III die Fließzeit des Grundwassers weniger als 50 Tage zu den Fassungen betragen kann. Aktuell findet im Plangebiet keine (eigene) Bearbeitung des LGRB zu hydrogeologischen Themen statt.</i></p> <p><u>Bergbau</u> <i>Die Planung liegt nicht in einem aktuellen Bergbaugebiet. Nach den beim Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau vorliegenden Unterlagen ist das Plangebiet nicht von Altbergbau oder künstlich geschaffenen Althohlräumen (bspw. Stollen, Bunker, unterirdische Keller) betroffen.</i></p> <p><u>Geotopschutz</u> <i>Im Bereich der Planfläche sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.</i></p>	<p>Auf die Lage des Plangebiets im Wasserschutzgebiet „Grünbachgruppe“ wird in der Begründung zum Bebauungsplan bereits hingewiesen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p>	

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
			<p><u>Allgemeine Hinweise</u> Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (http://www.lgrb-bw.de) entnommen werden. Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.“</p> <p>Stellungnahme vom 22.02.2023: „Unter Verweis auf unsere weiterhin gültige Stellungnahme mit dem Aktenzeichen 2511//22-02716 vom 04.07.2022 sind von unserer Seite zum offengelegten Planvorhaben keine weiteren Hinweise oder Anregungen vorzubringen.“</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p>	

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
14	Gemeindeverwaltungsverband Hardheim-Walldürn	06.11.23	<p>Gegen den Entwurf „24. Änderung der FNP der VVG TBB-Großrinderfeld-Königheim-Werbach“ bestehen keine planungsrechtlichen Bedenken und Anregungen. [...] Wir bitten Sie, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.</p>	<p>Zur Kenntnis genommen. Zur Kenntnis genommen.</p>	<p>Die Stellungnahme des Gemeindeverwaltungsverbands Hardheim - Walldürn vom 06.11.2023 wird zur Kenntnis genommen.</p>

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
15	DFS Deutsche Flugsicherung	07.11.23	<p>Durch die oben aufgeführte Planung werden Belange der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH bezüglich §18a Luftverkehrsgesetz (LuftVG) nicht berührt. Es werden daher unsererseits weder Bedenken noch Anregungen vorgebracht.</p> <p>Eine weitere Beteiligung am Verfahren ist nicht notwendig. Von dieser Stellungnahme bleiben die Aufgaben der Länder gemäß § 31 LuftVG unberührt. Wir haben das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) von unserer Stellungnahme informiert.</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p>	<p>Die Stellungnahme der DFS vom 07.11.2023 wird zur Kenntnis genommen.</p>

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
16	Verwaltungsgemeinschaft Kist	07.11.23	Der Gemeinderat Kist hat sich in der Sitzung am 06.11.2023 mit der geplanten 24., 25. und 26. Änderung des Flächennutzungsplans der VVG TBB-Großrinderfeld-Königheim-Werbach befasst und beschlossen keine Einwendungen vorzubringen. Durch die Planungen der VVG wird der Aufgabenbereich bzw. öffentliche Belange der Gemeinde Kist nicht berührt.	Zur Kenntnis genommen.	Die Stellungnahme der Verwaltungsgemeinschaft Kist vom 07.11.2023 wird zur Kenntnis genommen.

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschus- ses der vereinbarten Ver- waltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
17	IHK Heilbronn- Franken	08.11.23	Es wird mitgeteilt, dass seitens der IHK keine Anregungen oder Be- denken bestehen.	Zur Kenntnis genommen.	Die Stellungnahme der IHK Heilbronn-Franken vom 08.11.2023 wird zur Kennt- nis genommen.

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
18	Regierungspräsidium Stuttgart	09.11.23	<p>Raumordnung Anlass für die 24. Änderung des Flächennutzungsplans der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Tauberbischofsheim – Großrinderfeld – Königheim – Werbach ist die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage. Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung umfasst eine Fläche von ca. 7,6 Hektar. Das Gebiet soll im Flächennutzungsplan als geplante Sonderbaufläche Photovoltaik neu dargestellt werden. Parallel hierzu wird der Bebauungsplan „Solar Schafäcker“ von der Gemeinde Großrinderfeld aufgestellt. Wir verweisen auf unsere Stellungnahme vom 14.07.2022 im Rahmen der Frühzeitigen Beteiligung nach § 4 Abs.1 BauGB und unserer Stellungnahme vom 07.03.2023 im Rahmen der Beteiligung nach § 4 Abs.2 BauGB zum Bebauungsplan „Solar Schafäcker“.</p> <p>Stellungnahme vom 14.07.2022: <i>„Mit dem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage geschaffen werden. Es wird beabsichtigt auf den Flurstücken 3354, 3355 und 3356 der Gemarkung Ilmspan sowie den Flurstücken 6302 und 6302/1 (teilweise) der Gemarkung Schönfeld eine Photovoltaik-Freiflächenanlage zu errichten. Der Planbereich umfasst eine Fläche von ca. 7,6 ha. Darin sind sowohl die Fläche für die Photovoltaik-Anlage, als auch Kompensationsflächen enthalten. Das Plangebiet grenzt nach Nordwesten an die Autobahn A81 und dessen Gehölzstrukturen an. Der derzeit rechtswirksame Flächennutzungsplan stellt für das Plangebiet „Flächen für die Landwirtschaft“ dar. Dieser wird im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB geändert. Aus raumordnerischer Sicht bestehen zum jetzigen Zeitpunkt keine Bedenken gegen die Planung, da insbesondere keine Ziele der Raumordnung der Planung entgegenstehen. Wir weisen darauf hin, dass sichergestellt werden sollte, dass die Freiflächenphotovoltaikanlage nach einer dauerhaften Nutzungsaufgabe zurückgebaut wird. Eine Rückbauverpflichtung ist bereits</i></p>	<p>Zur Kenntnis genommen. In den genannten Stellungnahmen wurden keine Bedenken vorgebracht.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p>	<p>Die Stellungnahme des Regierungspräsidiums Stuttgart vom 09.11.2023 wird zur Kenntnis genommen.</p>

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
			<p><i>in den textlichen Festsetzungen enthalten. Hierzu verweisen wir ergänzend auf die Hinweise zum Ausbau von Freiflächen - Photovoltaikanlagen des Umweltministeriums vom 16.02.2018 (Hinweise zum Ausbau von Photovoltaik-Freiflächenanlagen (baden-wuerttemberg.de).“</i></p> <p>Stellungnahme vom 07.03.2023: <i>„Unter Verweis auf unsere Stellungnahme vom 14.07.2022 im Rahmen der Frühzeitigen Beteiligung zum Bebauungsplanverfahren erheben wir aus raumordnerischer Sicht weiterhin keine Bedenken. Im Hinblick auf die geplante Flächennutzungsplanänderung im Parallelverfahren weisen wir darauf hin, dass der Bebauungsplan genehmigungspflichtig ist, sollte er vor der entsprechenden Flächennutzungsplanänderung bekannt gemacht werden.“</i></p> <p>Stabsstelle Energiewende, Windenergie und Klimaschutz (1) Der Einsatz erneuerbarer Energien ist aus Klimaschutzgesichtspunkten von hoher Bedeutung. Auch geringe Beiträge sind nach § 3 Absatz 1 Satz 2 KlimaG BW wichtig. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass der Beitrag einzelner Maßnahmen zum Klimaschutzziel verhältnismäßig klein sein kann. Die Klimaschutzziele können nur erreicht werden, wenn der Klimaschutz auf allen Ebenen engagiert vorangetrieben und konkrete Maßnahmen umgesetzt werden (vgl. dazu auch Beschluss des BVerfG vom 24. März 2021, Az. 1 BvR 2656/18 u.a.). Das KlimaG BW richtet sich daher mit einer allgemeinen Verpflichtung zum Klimaschutz an alle Bürgerinnen und Bürger sowie mit besonderen Regelungen an das Land, die Kommunen und die Wirtschaft.</p> <p>(2) Nach § 1 Absatz 5 Baugesetzbuch sollen die Bauleitpläne insbesondere dazu beitragen, den Klimaschutz und die Klimaanpassung zu fördern. Nach § 1a Absatz 5 Baugesetzbuch soll bei der Aufstellung der Bauleitpläne den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken,</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Bebauungsplan wurde mittlerweile genehmigt. Der Flächennutzungsplan wird mit vorliegendem Verfahren parallel aber zeitlich leicht versetzt geändert.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p>	

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
			<p>als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.</p> <p>(3) Nach § 10 Absatz 1 KlimaG BW müssen die Treibhausgasemissionen in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2030 um mindestens 65 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 reduziert werden. Bis zum Jahr 2040 wird über eine schrittweise Minderung Netto-Treibhausgasneutralität („Klimaneutralität“) angestrebt.</p> <p>Dies bedeutet konkret:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Die im Vergleich zu 1990 einzusparenden 65 Prozent Treibhausgas-Emissionen entsprechen auf alle Sektoren verteilt einem Emissionsziel von rund 32 Millionen CO₂-Äquivalenten im Jahr 2030. ▪ Gemäß Angaben des Statistischen Landesamtes wurden im Jahr 2021 noch 72,3 und im Jahr 2022 noch 72,0 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente in Baden-Württemberg emittiert. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, in den wenigen Jahren bis 2030 mehr als die Hälfte dieser Emissionen zu vermeiden. ▪ Der Sektor Energiewirtschaft muss hierzu nach § 10 Absatz 2 KlimaG BW einen Beitrag von 75 Prozent im Vergleich zu den Treibhausgasemissionen des Jahres 1990 leisten. ▪ Die besondere Bedeutung erneuerbarer Energien ist in § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) verankert. Auch gemäß § 22 Nummer 2 KlimaG BW kommt den erneuerbaren Energien sowie dem Verteilnetzausbau besondere Bedeutung zu. <p>(4) Die besondere Bedeutung erneuerbarer Energien ist in § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) verankert. Auch gemäß § 22 Nummer 2 KlimaG BW kommt den erneuerbaren Energien sowie dem Verteilnetzausbau besondere Bedeutung zu.</p> <p>Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom oder Wärme aus erneuerbaren Energien und der dazugehörigen Nebenanlagen sowie die Errichtung, der Betrieb und die Änderung der Stromverteilnetze und der für deren Betrieb notwendigen Anlagen (soweit dies für die Errichtung und den Betrieb der Erzeugeranlagen und den Ausbau der Elektromobilität erforderlich ist)</p>		

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
			<p>liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Durch diese gesetzliche Festlegung werden diese Maßnahmen in der Abwägung mit anderen Schutzgütern entsprechend ihrer Bedeutung für die öffentliche Sicherheit und bei der Verwirklichung des Landesklimaschutzziels höher gewichtet und ihnen wird in der Regel ein Vorrang eingeräumt, wobei die Umstände des Einzelfalls in den Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen sind.</p> <p>Gemäß § 3 Absatz 1 Satz 4 KlimaG BW sollen insbesondere bei energiebedingten Treibhausgasemissionen das Vermeiden und Verringern der Emissionen in erster Linie durch Einsparung sowie effiziente Bereitstellung, Umwandlung, Nutzung und Speicherung von Energie sowie durch den Ausbau und die Nutzung erneuerbarer Energien erreicht werden.</p> <p>Diese Maßnahmen haben besondere Bedeutung, auch wenn es sich im Einzelfall um geringe Beiträge zur Treibhausminderung handelt (siehe § 3 Absatz 1 Satz 2 KlimaG). Dies ergibt sich aus dem Umstand, dass ca. 90 Prozent der Treibhausgasemissionen energiebedingt sind.</p> <p>(5) Um die Klimaschutzziele nach § 10 Absatz 1 KlimaG BW zu erreichen, kommt es entsprechend des Zielszenarios aus dem Forschungsvorhaben „Sektorziele 2030 und Klimaneutrales Baden-Württemberg 2040“ 1 wesentlich darauf an, sowohl den Energieverbrauch deutlich zu reduzieren als auch den Ausbau der erneuerbaren Energien in allen Bereichen deutlich voranzutreiben.</p> <p>Bei der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien bedarf es einer Erhöhung des Anteils an der Bruttostromerzeugung von 35,9 Prozent im Jahr 2022 (erste Abschätzung) auf 82 Prozent im Jahr 2030 (das entspricht mehr als einer Verdopplung innerhalb von weniger als zehn Jahren) und auf 98 Prozent im Jahr 2040.</p> <p>Die Lücke zwischen der voraussichtlich in Zukunft benötigten Strommenge und der mit der heute installierten Leistung von Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erzielbaren Strommenge ist so groß, dass jede neue Anlage benötigt wird, um</p>		

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
			<p>diese Lücke zu verkleinern. Dies gilt gerade auch mit Blick auf die Zubauentwicklung der vergangenen Jahre. Zusätzlich kommt es zum Erreichen der Klimaschutzziele auf internationaler und nationaler Ebene sowie auf Landesebene außerdem auch darauf an, die Treibhausgasemissionen so früh wie möglich zu vermindern, da die kumulierte Menge der klimawirksamen Emissionen entscheidend für die Erderwärmung ist (siehe dazu Beschluss des BVerfG vom 24. März 2021, Az. 1 BvR 2656/18 u.a.).</p> <p>(6) Mit der Planung einer Sonderbaufläche mit einer Größe von ca. 7,6 ha soll die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage ermöglicht werden. Dies ist ein wirksamer Beitrag zum Ausbau der erneuerbaren Energien und zum Klimaschutz. Aus Sicht des Klimaschutzes ist die Planung daher zu befürworten.</p> <p>Es wird gebeten die Stabsstelle über das Ergebnis des Verfahrens zeitnah zu informieren (StEWK@rps.bwl.de). [...]</p> <p>Anmerkung: - Abteilung 4 – Mobilität, Verkehr, Straßen – meldet Fehlanzeige. [...]</p> <p>- Abteilung 8 – Landesamt für Denkmalpflege – meldet Fehlanzeige. [...]</p> <p>Hinweis: [...] Zur Aufnahme in das Raumordnungskataster wird gemäß § 26 Abs. 3 LplG gebeten, dem Regierungspräsidium nach Inkrafttreten des Planes eine Fertigung der Planunterlagen in digitalisierter Form an das Postfach KoordinationBauleitplanung@rps.bwl.de zu senden. Die Stadtkreise und großen Kreisstädte werden gebeten, auch den Bekanntmachungsnachweis digital vorzulegen. Wir bitten darum, am weiteren Verfahren beteiligt zu werden.</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen. Dem Regierungspräsidium werden nach Inkrafttreten die Planunterlagen zur Verfügung gestellt.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p>	

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
19	Bundesnetzagentur - Team Bauleitplanung (Berlin)	10.11.23	<p>Beeinflussungen von Richtfunkstrecken, Radaren und Funkmessstellen der Bundesnetzagentur durch neue Bauwerke mit Bauhöhen unter 20 m sind nicht sehr wahrscheinlich. Die o. g. Planung sieht keine Bauhöhen von über 20 m vor. Entsprechende Untersuchungen zu Planverfahren mit geringer Bauhöhe sind daher nicht erforderlich. Da die Belange des Richtfunks u. a. durch die Planung nicht berührt werden, erfolgt meinerseits keine weitere Bewertung.</p> <p>Photovoltaikanlagen können den Empfang nahgelegener Funkmessstellen der Bundesnetzagentur beeinträchtigen. Für Bauplanungen von Photovoltaikanlagen ab einer Fläche von ca. 200 m², die sich in Nachbarschaft zu Funkmessstellen der Bundesnetzagentur befinden, wird daher eine frühzeitige Beteiligung der Bundesnetzagentur als Träger öffentlicher Belange empfohlen. Die Prüfung ergab für Ihr Plangebiet folgendes Ergebnis: FUNKMESSSTELLEN DER BNETZA: =====</p> <p>Es sind keine Funkmessstandorte der BNetzA betroffen.</p> <p>Hinweise zum Marktstammdatenregister (MaStR) =====</p> <p>Der Gesetzgeber hat 2014 damit begonnen ein neues Register einzuführen und die Bundesnetzagentur mit seiner Einrichtung und seinem Betrieb beauftragt: Das Marktstammdatenregister (MaStR). Die Bundesnetzagentur stellt das MaStR als behördliches Register für den Strom- und Gasmarkt auf der Basis von § 111e und § 111f EnWG sowie der Verordnung über die Registrierung energiewirtschaftlicher Daten (MaStRV) zur Verfügung. Die Registrierung im http://www.marktstammdatenregister.de/ ist für alle Solaranlagen verpflichtend, die unmittelbar oder mittelbar an ein Strom- bzw. Gasnetz angeschlossen sind oder werden sollen. Die Pflicht besteht unabhängig davon, ob die Anlagen eine Förderung nach dem EEG erhalten und unabhängig vom Inbetriebnahmedatum. Eine Registrierung von Einheiten in der Entwurfs- oder Errichtungsphase, deren Inbetriebnahme geplant ist (Projekte), ist nach der MaStRV verpflichtend, wenn diese eine Zulassung nach dem Bundes-</p>	<p>Zur Kenntnis genommen. Die Modulhöhe wird auf 3,8m und die Gebäudehöhe auf 4m begrenzt. Eine Überschreitung der 20m ist damit ausgeschlossen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen. Der Hinweis wird an den Betreiber weitergegeben.</p>	<p>Die Stellungnahme der Bundesnetzagentur vom 10.11.2023 wird zur Kenntnis genommen.</p>

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
			<p>Immissionsschutzgesetz benötigen. Wenn eine Förderung für eine Solaranlage in Anspruch genommen wird, kann diese nur dann ohne Abzüge ausbezahlt werden, wenn die gesetzlichen Registrierungspflichten und -fristen eingehalten wurden. Wenn die Frist überschritten ist, wird die Zahlung vom Netzbetreiber zurückgehalten. Außerdem erlischt bei einer Fristüberschreitung der Förderanspruch möglicherweise teilweise oder vollständig und wird auch nicht nachgezahlt.</p> <p>Grundsätzlich handeln Sie ordnungswidrig, wenn Sie eine Registrierung im Marktstammdatenregister nicht rechtzeitig vornehmen.</p> <p>Hinweise zum Beteiligungsverfahren der Bundesnetzagentur =====</p> <p>Beachten Sie bitte für Ihr geplantes Vorhaben auch die Hinweise auf unserer Internetseite www.bundesnetzagentur.de/bauleitplanung. Nutzen Sie bitte immer für die Beteiligung der Bundesnetzagentur das auf der Internetseite verfügbare 'Formular Bauleitplanung', welches Sie unter folgendem Link direkt herunterladen können. www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Telekommunikation/Unternehmen_Institutionen/Frequenzen/Firmennetze/FormularRichtfunk.pdf Senden Sie das vollständig ausgefüllte Formular zusammen mit den zugehörigen Planungsunterlagen immer an die folgende E-Mail-Adresse. 226.Postfach@BNetzA.de</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p>	

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschus- ses der vereinbarten Ver- waltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
20	Vodafone West GmbH	13.11.23	Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone-Gesellschaft(en) gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant. [...]	Zur Kenntnis genommen.	Die Stellungnahme der Vodafone West GmbH vom 13.11.2023 wird zur Kenntnis genommen.

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
21	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	14.11.23	Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	Zur Kenntnis genommen.	Die Stellungnahme der Bundeswehr vom 14.11.2023 wird zur Kenntnis genommen.

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
22	Bundesnetzagentur (Bonn)	20.11.23	<p>Im Zuge der Energiewende wurde mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) ein neues Planungsinstrument geschaffen, das zu einem beschleunigten Ausbau der Übertragungsnetze in Deutschland beitragen soll. Dem im NABEG verankerten Planungs- und Genehmigungsregime, für das die Bundesnetzagentur zuständig ist, unterliegen alle Vorhaben, die in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG) als länderübergreifend und/oder grenzüberschreitend gekennzeichnet sind. Ihre Realisierung ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses erforderlich. Die Bundesnetzagentur führt für die Vorhaben auf Antrag der verantwortlichen Betreiber von Übertragungsnetzen die Bundesfachplanung durch. Zweck der Bundesfachplanung ist die Festlegung eines raumverträglichen Trassenkorridors, eines Gebietsstreifens, in dem die Trasse einer Höchstspannungsleitung voraussichtlich realisiert werden kann, als verbindliche Vorgabe für die nachfolgende Planfeststellung. Mit der Planfeststellung, die die Bundesnetzagentur wiederum auf Antrag der verantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber durchführt, wird der genaue Verlauf der Trasse innerhalb des festgelegten Trassenkorridors bestimmt und das Vorhaben rechtlich zugelassen.</p> <p>Im räumlichen Geltungsbereich der 24. Änderung des Flächennutzungsplans der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Tauberbischofsheim-Großrinderfeld-Königheim-Werbach kommt eine Realisierung des BBPIG-Vorhabens Nr. 3 (Höchstspannungsleitung Brunsbüttel – Großgartach, gemeinsam mit dem BBPIG-Vorhaben Nr. 4 auch SuedLink genannt, in Betracht. Nach dem BBPIG sollen Gleichstromvorhaben, wie das Vorhaben Nr. 3, vorrangig als Erdkabel statt als Freileitung realisiert werden (gesetzlicher Erdkabelvorrang für die in der Anlage zum BBPIG mit „E“ gekennzeichneten Gleichstromvorhaben). Die Bundesnetzagentur traf für den vorliegend relevanten Abschnitt E Arnstein – Großgartach des Vorhabens Nr. 3 am 24.09.2020 die Entscheidung über die Bundesfachplanung und legte damit den Verlauf eines raumverträglichen Trassenkorridors fest. Diese Entscheidung stellt eine verbindliche Vorgabe für die nachfolgende Planfeststellung dar. Eine Trassierung außerhalb des festgelegten Trassenkorridors ist nicht möglich. Die</p>	Zur Kenntnis genommen.	Die Stellungnahme der Bundesnetzagentur vom 20.11.2023 wird zur Kenntnis genommen.

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
			<p>TransnetBW GmbH reichte am 08.10.2020 einen Antrag auf Planfeststellungsbeschluss für die Teilstrecke Landesgrenze Bayern/Baden-Württemberg – Bad Friedrichshall (Abschnitt E2), als Teilabschnitt des Abschnitts E des Vorhabens Nr. 3, bei der Bundesnetzagentur ein, der den beabsichtigten Verlauf der Trasse sowie hierzu in Frage kommende Alternativen (innerhalb des verbindlich festgelegten Trassenkorridors) enthält. Die Bundesnetzagentur führte die Antragskonferenz auf Grundlage des Planungssicherstellungsgesetzes (PlanSiG) in einem schriftlichen Verfahren vom 14.11.2020 bis zum 11.12.2020 durch. Auf der Grundlage des Antrags der Vorhabenträgerin und der Ergebnisse des schriftlichen Beteiligungsverfahrens legte die Bundesnetzagentur am 28.01.2021 einen Untersuchungsrahmen für die Planfeststellung fest und bestimmte hiermit den Inhalt der von der Vorhabenträgerin noch einzureichenden Unterlagen. Diese vollständigen Unterlagen wurden am 28.04.2023 von der TransnetBW GmbH eingereicht. Die Bundesnetzagentur führte vom 29.06.2023 bis zum 28.08.2023 ein Anhörungsverfahren durch. Im nächsten Schritt wird die Bundesnetzagentur einen Erörterungstermin durchführen und schließlich, zum Abschluss des Verfahrens, mit dem Planfeststellungsbeschluss den Leitungsverlauf innerhalb des Trassenkorridors festlegen.</p> <p>Eine abschließende Beurteilung der zu bewältigenden Nutzungskonflikte ist seitens der Bundesnetzagentur zum derzeitigen Verfahrensstand nicht möglich. Dennoch möchte ich auf mögliche Konflikte zwischen der 24. Änderung des Flächennutzungsplans der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Tauberbischofsheim-Großrinderfeld-Königheim-Werbach und dem geplanten Netzausbauvorhaben Nr. 3 hinweisen.</p> <p>Nach derzeitigem Verfahrensstand verläuft der verbindlich festgelegte Trassenkorridor für den Abschnitt E des Vorhabens Nr. 3 unter anderem im räumlichen Geltungsbereich der hier gegenständlichen Änderung des Flächennutzungsplans. Die beantragte Trasse für den Abschnitt E2 verläuft innerhalb dieses Trassenkorridors in etwa 170 Metern Entfernung westlich des vorbezeichneten Geltungsbereichs. Die beantragte Trasse verläuft westlich der Bundesautobahn A 81, wohingegen die geplante Sonderbaufläche Photovoltaik (S) in</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen. Die SüdLink-Trasse verläuft mit hoher Wahrscheinlichkeit auf der gegenüberliegenden Seite der Autobahn. Eine Überschneidung ist sehr unwahrscheinlich. Es</p>	

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
			<p>nachfolgenden Planungen, insbesondere Landesplanungen und Bauleitplanungen“ hat. Bei dem Vorrang der Bundesfachplanung gem. § 15 Abs. 1 S. 2 NABEG handelt es sich um eine Abwägungsdirektive und damit zugleich um eine spezielle gesetzliche Verankerung und Betonung des allgemeinen planungsrechtlichen Prioritätsgrundsatzes. § 15 Abs. 1 S. 2 NABEG richtet sich als Abwägungsdirektive an die gemeindliche Bauleitplanung im Zeitraum zwischen der Bundesfachplanungs- und der Zulassungsentscheidung. Das Gebot vorrangiger Berücksichtigung der Bundesfachplanung verlangt von der Gemeinde, vorübergehend entgegenstehende Planungen innerhalb des Trassenkorridors aufzuschieben; siehe zu alledem BVerwG, Beschluss vom 24. März 2021 - 4 VR 2.20.</p> <p>Ausweislich der mir vorliegenden Unterlagen haben Sie bereits die für den Abschnitt E2 des Vorhabens Nr. 3 federführend zuständige Vorhabenträgerin TransnetBW GmbH in vorliegender Angelegenheit beteiligt. Ergänzend weise ich darauf hin, dass auf den Internetseiten der Vorhabenträgerin Planunterlagen zu dem Vorhaben Nr. 3 abrufbar sind, die den derzeitigen Planungsstand wiedergeben, sich jedoch im weiteren Verfahren noch ändern können. Ergänzend weise ich darauf hin, dass auf den Internetseiten der Bundesnetzagentur die vollständigen Planunterlagen zu dem Abschnitt E2 des Vorhabens Nr. 3 sowie auch die oben genannte Bundesfachplanungsentscheidung abrufbar sind (www.netzausbau.de/vorhaben3e2 bzw. www.netzausbau.de/vorhaben3e).</p> <p>Ich bitte Sie, meine Hinweise zu berücksichtigen und mich über den Fortgang des Verfahrens zu informieren bzw. mich im weiteren Verlauf des Verfahrens zu beteiligen.</p>	<p>Siehe Stellungnahme 10. Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p>	

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
23	Regionalverband Heilbronn-Franken	20.11.23	<p>Für die Beurteilung der Vereinbarkeit der vorliegenden Planung mit den Zielen der Raumordnung sind verschiedene regionalplanerische Rechtsgrundlagen relevant. Dazu zählen neben dem geltenden Regionalplan Heilbronn-Franken 2020 die seit 01.04.2010 rechtsverbindliche Teilfortschreibung Photovoltaik, die am 20.10.2023 als Satzung beschlossene aber noch nicht genehmigte 20. Änderung des Regionalplans sowie die in Aufstellung befindliche Teilfortschreibung Solarenergie.</p> <p>Da durch die Planung keine regionalplanerischen Zielfestlegungen berührt werden ist sie mit sämtlichen Rechtsgrundlagen vereinbar. Wir begrüßen die Planung als einen Beitrag zum Gelingen der Energiewende und tragen keine Bedenken vor.</p> <p>Wir bitten um Beteiligung im weiteren Verlauf dieses Verfahrens sowie wir nach Abschluss des Verfahrens um Mitteilung der Rechtsverbindlichkeit der Planung unter Benennung der Planbezeichnung und des Datums.</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p>	<p>Die Stellungnahme des Regionalverbands Heilbronn-Franken vom 20.11.2023 wird zur Kenntnis genommen.</p>

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschus- ses der vereinbarten Ver- waltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
24	Vermögen und Bau Baden- Württemberg	28.11.23	Das Land Baden-Württemberg (Liegenschaftsverwaltung), vertreten durch den Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg Amt Heilbronn, erhebt keine Einwendungen gegen das o. g. Verfahren. Landeseigene Grundstücke, sowie Interessen und Planungen sind hier nicht betroffen.	Zur Kenntnis genommen.	Die Stellungnahme der Vermögen und Bau Baden-Württemberg vom 28.11.2023 wird zur Kenntnis genommen.

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
25	Landratsamt Main-Tauber-Kreis	19.12.23	<p>Forst Unter der Annahme, dass evtl. Kompensationsmaßnahmen nicht innerhalb des Waldes festgelegt werden, werden forstliche Belange, die durch die untere Forstbehörde am Landratsamt Main-Tauber-Kreis zu vertreten sind, nicht berührt.</p> <p>Wasserwirtschaft <u>Grundwasser-/ Gewässerschutz</u> Seitens des Gewässerschutzes bestehen gegen die Planung keine grundsätzlichen Bedenken. Es wird darauf hingewiesen, dass die Planungsflächen innerhalb des festgesetzten Wasserschutzgebietes "Grünbachgruppe" (Rechtsverordnung Nr. 128.141 vom 20.01.2006), Schutzzone III, liegen. Alle Beteiligten sind auf die Durchführung des Vorhabens in einem Wassergewinnungsgebiet hinzuweisen. Die Schutzbestimmungen des Wasserschutzgebietes sind einzuhalten. Östlich an Fist. Nr. 3354 anschließend grenzt das Gewässer "Gerchsheimer Graben" an. Weiterhin verläuft südlich angrenzend, zu allen Grundstücken das Gewässer "Amselgraben". Im Zuge der weiteren Planung und Bebauung sind die gesetzlichen Regelungen und Bestimmungen des Gewässerrandstreifens zu berücksichtigen. Die Breite des Gewässerrandstreifens beträgt im Innenbereich 5 Meter, im Außenbereich 10 Meter.</p> <p><u>Abwasserbeseitigung</u> Aus Sicht der Abwasserbeseitigung bestehen gegen die Änderungen des Flächennutzungsplans keine grundsätzlichen Bedenken. Hinweise: Die gegebenenfalls erforderlichen Verfahren zur Abwasserbeseitigung sind im Rahmen der weiteren Bauleitplanung/ Baugesuche abzuhandeln. Die Versickerung unbelasteter anfallender Niederschlagswasser erfolgt schadlos, wenn diese flächenhaft über min. 30 cm mächtig bewachsenen Oberboden erfolgt.</p>	<p>Zur Kenntnis genommen. Der Eingriff wird innerhalb des Plangebietes ausgeglichen. Die planexterne CEF-Maßnahme wird auf einer Ackerfläche umgesetzt.</p> <p>Im Bebauungsplan wird auf die Einhaltung der Schutzbestimmungen hingewiesen.</p> <p>Im Bebauungsplan wird auf die einzuhaltenden Gewässerrandstreifen hingewiesen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Das Niederschlagswasser soll natürlich versickern. Dies ist im Bebauungsplan geregelt.</p>	<p>Die Stellungnahme des Landratsamtes Main-Tauber-Kreis vom 19.12.2023 wird zur Kenntnis genommen.</p>

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
			<p>Altlasten/Bodenschutz</p> <p><u>Altlasten</u> Im Plangebiet sind dem Landratsamt bisher keine altlastverdächtigen Flächen/ Altlasten bzw. Verdachtsflächen/ schädliche Bodenveränderungen bekannt.</p> <p><u>Bodenschutz</u> Seitens des Bodenschutzes bestehen gegen die Planung keine grundsätzlichen Bedenken. Wir weisen darauf hin, dass nach § 2 Abs. 3 Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz für Vorhaben, bei denen auf nicht versiegelten, nicht baulich veränderten oder unbebauten Flächen von mehr als 0,5 Hektar auf den Boden eingewirkt wird, durch den Vorhabensträger für die Planung und Ausführung des Vorhabens zur Gewährleistung eines sparsamen, schonenden und haushälterischen Umgangs mit Boden ein Bodenschutzkonzept zu erstellen ist. Dieses ist mit den Antragsunterlagen zum Bauverfahren vorzulegen.</p> <p>Im Übrigen verweisen wir auf das am 01.01.2021 in Kraft getretene Landeskreislaufwirtschaftsgesetz LKreiWiG § 3 Abs. 3 - Vermeidung und Verwertung von Abbruch- und Bauabfällen in Baugebieten und bei Bauvorhaben. Insbesondere ist ein Erdmassenausgleich anzustreben. Im Bereich von Vegetationsflächen ist dabei auf den Erhalt bzw. die Wiederherstellung der natürlichen Bodenfunktionen zu achten. Für dennoch anfallenden Bodenaushub von mehr als 500 Kubikmetern ist ein Verwertungskonzept zu erstellen. Dieses ist ebenfalls mit den Antragsunterlagen zum Bauverfahren vorzulegen.</p> <p>Landwirtschaft Es wird auf die Stellungnahme vom 19.07.2022 im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zum Bebauungsplanverfahren "Solar Schafächer" auf den Gemarkungen Ilmspan und Schönfeld verwiesen. Die darin geäußerten Bedenken hinsichtlich des Bebauungsplans werden weitgehend aufrechterhalten: <i>„Derzeit wird die überplante Fläche als Ackerbaufläche genutzt.</i></p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird an den Betreiber weitergegeben. Ein Bodenschutzkonzept wird dem Bauantrag beigelegt.</p> <p>Flächige Geländeänderungen, Abgrabungen und Aufschüttungen zur Modellierung (Nivellierung) sind aus bodenschutzfachlicher Sicht nicht zulässig. Dies ist im Bebauungsplan geregelt.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p>	

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
			<p><i>Laut der Flurbilanz ist das Plangebiet als Vorrangflur II eingestuft. Auch in der digitalen Flächenbilanz sind die Flächen als Vorrangfläche II eingeordnet und weisen Ackerzahlen zwischen 36 und 58 auf. Es handelt sich hier um hochwertige Standorte, die grundsätzlich nicht überbaut werden sollten. Eine nachhaltige Landwirtschaft, die ihre Aufgabe auch im öffentlichen Interesse wahrnimmt, ist auf gute Produktionsstandorte unabdingbar angewiesen, um ökonomisch und ökologisch produzieren zu können. Wenn der Bebauungsplan der Gemeinde Großrinderfeld dennoch wie hier dargestellt realisiert werden soll, wird auf folgende Punkte Wert gelegt:</i></p> <p><i>In den Planunterlagen fehlen Darstellungen zu geplanten Ausgleichsmaßnahmen. Es wird darauf hingewiesen, dass nach § 15 Abs. 3 BNatschG bei der Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzten Flächen für die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen ist. Grundsätzlich sollten für die Ausgleichsmaßnahmen ertragsschwache Standorte in Betracht gezogen werden.</i></p> <p><i>Für die Nutzung des Grünlandes in den Modulzwischenräumen finden sich in den Planunterlagen bisher keine Darstellungen. Für eine extensive Grünlandnutzung dieser Flächen ist die frühzeitige Entwicklung eines zukünftigen Nutzungs- und Verwertungskonzeptes bzw. Beweidungskonzeptes vonnöten.</i></p> <p><i>Die aufgenommene Rückbauverpflichtung nach Aufgabe der Fotoaltaiknutzung wird begrüßt.“</i></p> <p>Wir weisen außerdem darauf hin, dass in der neuen digitalen Flurbilanz 2022 die Grundstücke Flst. Nrn.3354, 3355 und 3356 mittlerweile als Vorbehaltsflur I eingestuft sind, was bedeutet, dass es sich um landbauwürdige Flächen (gute Böden) handelt, die wegen ihrer ökonomischen Standortgunst für den Landbau wichtig und deshalb der landwirtschaftlichen Nutzung vorzubehalten sind. Fremdnutzungen sollen daher ausgeschlossen bleiben. Die Grundstücke Flst. Nrn. 6302 und 6302/1 sind in der neuen digitalen Flurbilanz dagegen nun der Vorbehaltsflur II zugeordnet, welche überwiegend landbauwürdige Flächen (mittlere Böden) umfasst, die der landwirtschaftlichen Nutzung größtenteils vorzubehalten sind.</p>	<p>Es wird weiterhin an der Planung festgehalten.</p> <p>Der Bebauungsplan enthält mittlerweile eine Karte und eine Beschreibung der Lage der Ausgleichsmaßnahme.</p> <p>Der Hinweis wurde an den Betreiber weitergegeben.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Gemäß der Flurbilanzkarte 2022 (Stand 17.05.2023) sind alle Flächen des Plangebietes der Vorbehaltsflur I zugeordnet, was der Wertstufe II entspricht. Aufgrund der Lage entlang der Autobahn und der damit einhergehenden Vorbelastung wird auch weiterhin an der Planung festgehalten.</p>	

N r .	Behörden	Datum	Anregung	Abwägung des gemeinsamen Ausschusses der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft	Beschlussvorschlag
			<p>Fremdnutzungen sollten hier zwar auch möglichst ausgeschlossen bleiben, unsere Bedenken sind daher jedoch geringer als bei den o.g. Grundstücken in der Vorbehaltsflur I.</p> <p>Außerdem begrüßen wir, dass der naturschutzrechtliche Eingriff ausschließlich durch planinterne Ausgleichsmaßnahmen kompensiert wird und hierfür somit keine weiteren landwirtschaftlich genutzten Flächen in Anspruch genommen werden. Ebenso befürworten wir die geplante Absicherung des Rückbaus der Photovoltaikanlagen bei Beendigung des Betriebs und die damit verbundene Rückführung der Fläche in die vollumfängliche landwirtschaftliche Nutzung.</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p>	